

FORUM

Zeitschrift
für Politik, Arbeit & Kultur
der SP Uster

www.forumonline.ch

Nr. 223 Februar 2005

Zur Abstimmung vom 27. 2. 2005

JA zum Kanton Zürich **JA zur Verfassung**



Inhalt

Für einen Kanton in guter Verfassung 3

Kantonale Abstimmung: Ja zur neuen Kantonsverfassung
Von Markus Notter, Regierungsrat

Die Gesellschaft näher zusammenrücken lassen 4

Kantonale Abstimmung: Ja zur neuen Kantonsverfassung
Von Marianne de Mestral, Verfassungsrätin

Unsere Stärken wurden weiter gestärkt 5

Kantonale Abstimmung: Ja zur neuen Verfassung
Von Andreas Gross, National- und Verfassungsrat

Mehr Klarheit über Rolle des Staates 6

Kantonale Abstimmung: Ja zur neuen Verfassung
Von Paul Schmuki, Verfassungsrat

Kompromiss der vernünftigen Kräfte 7

Kantonale Volksabstimmung: Ja zur neuen Kantonsverfassung
Von Martin Naef, Verfassungsrat, SP-Fraktionspräsident

Antworten auf unsere Zeit - die wichtigsten Änderungen auf einen Blick 8

Kantonale Abstimmung: Neubau des Sicherheitstrakts der Klinik Rheinau

Mehr Sicherheit für uns alle 10

Kantonale Abstimmung: Ja zur neuen Kantonsverfassung
Von Stefan Feldmann, Kantonsrat

Hans Hollenstein in den Regierungsrat 11

Kantonale Wahlen: Ersatzwahl Regierungsrat

Veranstaltungskalender 12

IMPRESSUM FORUM

Zeitschrift für Politik, Arbeit & Kultur der SP Uster
www.forumonline.ch

Herausgeberin:	Sozialdemokratische Partei
Anschrift:	FORUM, Postfach 340, 8610 Uster 1
Auflage:	9600
Abonnement:	für 1 Jahr mindestens Fr. 30.– auf PC 80 – 13431 – 8
Redaktion:	Margrit Enderlin, Stefan Feldmann, Fredy Gut, Rolf Murbach, Fredy Gut
Layout:	Fredy Gut
Vertrieb:	Martin Zwysig
Druck:	Ropress Zürich
Titelbild:	Archiv
Erscheint 4x jährlich	

Editorial



Vor fünf Jahren haben die Zürcherinnen und Zürcher beschlossen, dass die bisherige, 136 Jahre alte Verfassung durch ein neues Grundgesetz abgelöst werden solle. Vor viereinhalb Jahren haben sie 100 Personen in einen Verfassungsrat gewählt und diese haben

seither an der neuen Verfassung gearbeitet. Die Öffentlichkeit nahm davon kaum Notiz und so fällt es heute vielen schwer, das Resultat richtig einzuschätzen.

Auch Nationalräten: So hat doch kürzlich Filippo Leutenegger an einer Medienkonferenz gemeint, die neue Verfassung sei zutiefst antiliberal, weil die SP 12 ihrer 25 Verfassungs-Forderungen als erfüllt betrachte. Und wenn die SP so viele ihrer Forderungen habe durchsetzen können, so der Schluss Leuteneggers, dann könne man dieser Verfassung als liberal denkender Mensch nicht zustimmen.

Ein klassischer Kurzschluss, denn hätte er sich einmal die Liste der erfüllten SP-Forderungen angesehen, so hätte er vielleicht den Mund nicht ganz so voll genommen. Nur zwei Beispiele solcher sozialdemokratischer (sprech: antiliberaler) Forderungen: «Im Kanton Zürich gilt der Grundsatz der Gewaltenteilung.» Bislang habe ich immer gedacht, dass die Gewaltenteilung eine der wichtigsten und unliberalsten Forderung sei. Oder: «Im Gerichtswesen ist sicher zu stellen, dass in der Regel zwei Instanzen bestehen.» Auch hier dachte ich bislang immer, dass die Überprüfbarkeit von Gerichtsurteilen für liberale Menschen ein wichtiges Anliegen sei, schützt doch nur sie den Menschen vor einer möglichen Willkür des Staates.

Aber es besteht trotz Leutenegger noch Hoffnung für den Liberalismus: Zum einen hat die FDP des Kantons Zürich zur neuen Verfassung die Ja-Parole beschlossen. Zum anderen teilen viele prominente Liberale die Ansichten des Liberal-Novizen Filippo nicht: So unterstützt beispielsweise alt Ständerätin Vreni Spoerry die neue Verfassung genau so wie der Winterthurer alt Bundesrat Rudolf Friedrich. Und beide dürften ja wohl über jeden Zweifel erhaben sein, verkappte Linke zu sein.

Auch wenn es rechtsbürgerliche Exponenten gebetsmühlenartig wiederholen: Die neue Verfassung ist keine linke Verfassung. Sie ist aber auch keine rechte. Sie ist vor allem eins: Sie ist ein gut-zürcherischer Kompromiss. Es ist eine Verfassung, welche Bewährtes bewahrt, aber auch Neues zulässt. Sie ist das Resultat eines Kompromisses all jener vernünftigen politischen Kräfte, die nicht einfach die Erhebung ihres eigenen Parteiprogramms zur Verfassung verlangten, sondern die bereit waren, miteinander zu diskutieren, um Formulierungen zu ringen, die bereit waren, gemeinsam unserem Kanton eine neue Grundlage für die Zukunft zu geben.

Das ein solches Kompromiss-Werk in Zeiten von «Arena» und politischer Blockierung möglich ist, kann einem Hoffnung geben. Auch darum verdient die neue Kantonsverfassung am 27. Februar ein überzeugtes Ja.

Stefan Feldmann

Kantonale Abstimmung: Ja zur neuen Kantonsverfassung

Für einen Kanton in guter Verfassung

Der Verfassungsrat hat gute Arbeit geleistet. Auch der Regierungsrat hat eine positive Gesamtbilanz zu diesem Verfassungsentwurf gezogen. Wir sind der Meinung, es sei ein gutes Werk zustande gekommen, wir unterstützen es und wir sind froh, dass der Verfassungsrat ein solches Kompromisswerk zustande gebracht hat. Die geltende Kantonsverfassung von 1869 vermag in verschiedener Hinsicht die Aufgaben eines Grundgesetzes für den Kanton Zürich nicht mehr zu erfüllen. Sie ist lückenhaft, für unsere Zeit ohne Orientierung, diesbezüglich wirkungslos.

Von Markus Notter, Regierungsrat

Die neue Verfassung schliesst zum Beispiel im Kapitel Grundlagen eine offensichtliche Lücke der geltenden Verfassung. So kommt klar zum Ausdruck, dass das Verhältnis Staat-Individuum auf dem Grundsatz grösstmöglicher Freiheit und Selbstverantwortung gründet und gleichzeitig die Gemeinschaft aber auch der Einzelne eine soziale Verantwortung hat. Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Subsidiarität, Nachhaltigkeit, Dialog und Innovation werden in einer einfachen und klaren Sprache als Grundlagen unseres Kantons definiert. Wer wissen will, was dieser Kanton ist, was er macht und wer was zu sagen hat, findet in der neuen Verfassung verständliche Antworten. Die neue Verfassung gewährleistet auch Grundrechte, die über jene der Bundesverfassung hinausgehen, quasi als Zürcher Spezialität.

Die politischen Rechte der Zürcherinnen und Zürcher werden gestärkt, ihre Einflussmöglichkeiten in Kanton und Gemeinden vergrössert. Mit einem neuen Instrument, dem «Konstruktive Referendum», kann eine Opposition nicht nur Nein sagen, sie kann auch einen eigenen, konstruktiven Vorschlag machen.

Im Bereich der Gemeinden ist nichts Revolutionäres geschehen, jedoch wurde die Gemeindeautonomie insgesamt gestärkt. Besonders positiv ist die Demokratisierung der Zweckverbände. Das ist ein Problem, das lange in der kantonalen Politik diskutiert wurde.

Die neue Verfassung zählt die wichtigen, wesentlichen Staatsaufgaben auf, aber – das kann man sicher sagen – bei Weitem nicht alle. Des-



«Der Entwurf wirkt überzeugend»: Regierungsrat Markus Notter zieht eine positive Bilanz zur neuen Kantonsverfassung

halb geht der Regierungsrat auch davon aus, dass es aufgrund des Verfassungstextes zu keiner Ausweitung der Staatstätigkeit kommen muss und dass auch keine Mehrkosten daraus resultieren müssen.

Auch die Regelung des Verhältnisses zwischen Kirche und Staat ist gelungen. Es ist auf bewährter Grundlage eine massvolle Neuerung angestrebt worden, in der eine Entflechtung und auch eine grössere Autonomie der anerkannten Kirchen möglich werden. Auch eine Erweiterung in Richtung der jüdischen Religionsgemeinschaften ist sinnvoll.

Die Revisionsarbeiten des Verfassungsrates sind insgesamt gelungen und der Entwurf der neuen Kantonsverfassung wirkt überzeugend. Er bringt die staatliche Identität und das Selbstverständnis des Kantons Zürich zum Ausdruck. Er ist über-

sichtlich gestaltet und klar gegliedert. Er überzeugt in Aufbau und Lesbarkeit und darf in diesem Sinne als modernes Verfassungswerk bezeichnet werden. Es ist ein modernes Verfassungswerk, das der Orientierungs- und Informationsfunktion einer Verfassung gerecht zu werden vermag. Die neue Verfassung beschränkt sich mehrheitlich auf die Regelung von Kernfragen und auf grundlegende Prinzipien. Sie bildet damit für die nächsten Jahrzehnte insgesamt beurteilt eine geeignete Grundlage für den Kanton Zürich.

Es heisst, jedes Regieren müsse zwei Forderungen erfüllen: Es müsse das Bestehende bewahren und das Bewahrte erneuern. Ohne Bewahren und Erneuern gibt es keinen funktionierenden Staat. Mit der neuen Verfassung wird Bestehendes bewahrt und Bewahrtes erneuert. Sie verdient unsere ungeteilte Unterstützung.

Kantonale Abstimmung: Ja zur neuen Kantonsverfassung

Die Gesellschaft näher zusammenrücken lassen

An der alten Verfassung, sie ist 1869 entstanden, kann man sich heute kaum mehr orientieren. Sie greift Themen auf, die keine mehr sind und für heutige Probleme finden sich keine Lösungen. Die neue Verfassung zeigt das moderne Selbstverständnis des Kantons und stellt grössere Zusammenhänge dar. Mit anderen Worten ausgedrückt: Sie hat viel integrierende Kraft.

Von Marianne de Mestral, Verfassungsrätin

Wir leben in einer Zeit, in der sich Einzelne und Bevölkerungsgruppen und dazu gehören viele Schweizerinnen und Schweizer, zunehmend aus dem öffentlichen Leben zurückziehen. Das kann bis zur totalen Vereinsamung führen. Diese Menschen wollen wir, auch mittels der neuen Verfassung, stärken, sie wieder einbeziehen, zur Teilhabe am öffentlichen Leben motivieren und sie zur Übernahme von Mitverantwortung bringen. Eben, zu integrieren.

Erwerbsarbeit erleichtern

Teilzeitarbeit nimmt laufend zu. Frauen arbeiten viel häufiger Teilzeit als Männer, was einen einfachen Grund hat: 78 Prozent der Teilzeit jobbenden Frauen sind Mütter. Den Frauen soll es erleichtert werden, sich ins Arbeitsleben einzubringen: So visiert die Verfassung in den programmatischen Sozialzielen an, dass Kanton und Gemeinden in Zusammenarbeit mit Privaten die Vereinbarkeit von Erwerbsarbeit und Betreuungsaufgaben fördern. Und als öffentliche Aufgabe wird festgehalten, dass sich Kanton und Gemeinden im Weiteren dafür einsetzen, dass Voraussetzungen für die Betreuung von Kindern innerhalb und ausserhalb der Familie geschaffen werden.

Ausdrücklich wird bestimmt, dass Mann und Frau gleichberechtigt sind und Anspruch haben auf gleichen Zugang zu Bildungseinrichtungen und Ämtern auf gleiche Ausbildung sowie auf gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit. Kanton und Gemeinden fördern die tatsächliche Gleichstellung von Frau und Mann in allen Lebensbereichen. Keine neue Forderung im übrigen: Schon die Bundesverfassung verlangt dies.



Nach der Bundesverfassung wird nun auch in der Kantonsverfassung ausdrücklich bestimmt, dass Mann und Frau gleichberechtigt sind.

Erleichterungen für Behinderte

Auch Menschen mit Behinderungen sollen dank der neuen Verfassung besser in die Gesellschaft integriert werden: Menschen mit Behinderung haben Anspruch auf Zugang zu öffentlichen Bauten, Anlagen Einrichtungen und Leistungen. Der Kanton hat ein Baugesetz, das klar definiert, was ein öffentliches Gebäude ist. Dazu zählen Kinos, Restaurant, Hotels und Sportanlagen, sofern sie grösseren Publikumsverkehr aufweisen. Die Verfassung macht allerdings auch eine Einschränkung: Entsprechende Massnahmen müssen für die Betreiber wirtschaftlich zumutbar sein. Erfahrungen zeigen aber, dass die Zusatzkosten, um ein Gebäude behindertenzugänglich zu machen, sich in gleicher Höhe bewegen, wie die Reinigungskosten für dasselbe Gebäude.

Integration verschiedenster Gruppen

Ob wir es wollen oder nicht: In unserem Land leben inzwischen viele Menschen aus anderen Kulturen. Und es liegt in unsere aller Interesse,

dass wir diese Menschen bei uns integrieren, wollen wir keine «Parallelgesellschaften» schaffen. Die neue Verfassung stärkt Bemühungen um Integration auch von Ausländerinnen und Ausländer.

In verschiedenen Artikeln wird Integration explizit angepeilt: Kanton und Gemeinden sollen günstige Voraussetzungen schaffen für den Dialog zwischen den Kulturen, Weltanschauungen und Religionen und das Zusammenleben der verschiedenen Bevölkerungsgruppen in gegenseitiger Achtung und Toleranz. Was auch die neue Verfassung den ausländischen Mitbürgern hingegen verweigert, ist das Stimm- und Wahlrecht.

Doch die Integration beschränkt sich nicht nur auf Ausländerinnen und Ausländer, auch alle anderen gesellschaftlichen Gruppierungen sollen ihren Platz in der Gesellschaft einnehmen können. So anerkennt die Verfassung nun auch offiziell die registrierte Partnerschaft für gleichgeschlechtliche Paare, welcher das Zürcher Volk bereits vor ein paar Jahren seinen Segen gegeben hat. Und ältere Menschen sollen ihr Leben nach ihren Kräften selbstbestimmend gestalten können.

Kantonale Abstimmung: Ja zur neuen Verfassung

Unsere Stärken wurden weiter gestärkt



Jedem und jeder soll es möglich sein, ohne ganz grossen Aufwand in das politische Geschehen einzugreifen.

Politik soll man nicht einfach delegieren. Soll richtig entschieden werden, dann muss jeder und jede anpacken. Souverän wird erst, wer selber mitentscheiden kann. Freiheit lässt sich auch nicht einfach konsumieren. Frei ist nur, wer selber aktiv wird und sich um seine und der anderen gemeinsamen Angelegenheiten und Bedürfnisse kümmert. Dies war das republikanische Politik- und Demokratieverständnis, das die demokratische Volksbewegung prägte, welche die alte Zürcher Verfassung von 1869 schuff. Und in diese Tradition stellt sich auch die neue Kantonsverfassung.

Von Andreas Gross,
National- und Verfassungsrat

Die Verfassung, welche der Zürcher Verfassungsrat 1869 schuff, war die direktdemokratischste Verfassung ihrer Zeit. Zwar kennt heute niemand mehr den radikaldemokratischen Begriff des «Republikanismus» welche die 1869er Bewegung trug. Doch wir versuchten den Inhalt dieses Konzeptes in unsere Zeit zu übersetzen, ohne das heute für viele unverständliche Wort weiter zu gebrauchen. Das bedeutet vor allem zweierlei: Jedem und jeder soll es möglich sein, ohne ganz grossen Aufwand in das politische Geschehen einzugreifen. Und weil das seit einigen Jahren beliebte Wählen und Abstimmen per Post, uns des Abstimmungslokals als optimalen

Ort des Unterschriftensammelns für neue Volksinitiativen und Referenden beraubte, galt es als erstes die Hürden zum Gebrauch der Volksrechte zu senken. Wir taten dies um 40 Prozent: Künftig sollen 6000 Unterschriften für eine Volksinitiative und 3000 Unterschriften für ein Referendum ausreichen.

Nicht nur Nein sagen

Zweitens galt es den Kern des republikanischen Demokratieverständnisses aufzunehmen. Er liegt im politischen Engagement eines jeden und jeder. Erst wenn sich alle um das kümmern, was die Existenzgrundlage aller ausmacht, können wir Lebensumstände einrichten, in denen sich auch alle zu Hause fühlen. Deshalb ist die neue Zürcher Verfassung die erste und bisher einzige, welche die Förderung des politischen Engagements und der demokratischen Auseinandersetzung zu einer Leitmaxime des Staates macht.

Wir haben aber nicht nur das moderne im Politik- und Menschenbild der alten Verfassung aufgenommen und weiterentwickelt, sondern sogar ein neues Volksrecht hinzugefügt, nämlich das Referendum mit dem Gegenvorschlag der Stimmberechtigten. So wie der Kantonsrat einer Volksinitiative einen Gegenvorschlag gegenüberstellen darf, können künftig 6000 Stimmberechtigte dies auch bei einer Gesetzesvorlage aus dem Parlament tun. Statt also wie bei einem üblichen Referendum nur Nein sagen zu können zu einem ganzen Gesetz, können wir künftig einzelnen, uns weniger überzeugenden Artikeln eine bessere Alternative gegenüberstellen.

Quelle von Wermut und Trost zugleich

Diese und weitere kleinere Reformen haben dazu geführt, dass die neue Verfassungsvorlage, die wir am 27. Februar zur neuen Verfassung des Kantons Zürich machen können, wiederum die direktdemokratischste der Welt wäre! Der Verfassungsrat hat also den Standard von 1869 gewahrt und aus einer guten alten Verfassung eine noch bessere neue gemacht.

Einen kleinen Wermutstropfen mussten Demokratinnen und Demokraten im Verfassungsrat aber akzeptieren: Die Mehrheit des Verfassungsrates wollte trotz allem Drängen und Stossen und allerlei Verführungskünsten unsererseits dem demokratischen Grundsatz nicht folgen, wonach mitentscheiden soll, wer von einer Entscheidung betroffen ist. Die Mehrheit des Verfassungsrates macht aus der Demokratie weiterhin ein staatsbürgerliches Privileg und ist sich zu wenig bewusst, dass Demokratie ein Menschenrecht ist. Vom sogenannten «Ausländerstimmrecht» ist deshalb in der neuen Verfassung auch nicht in der mildesten Form die Rede.

Doch selbst angesichts dieser Schwäche birgt die neue Verfassung einen Trost. Denn mit ihr wird es leichter sein, dieses demokratische Defizit mit neuen Volksinitiativen zu beheben als mit der geltenden Verfassung. Deshalb verdient die neue Verfassungsvorlage auch die Zustimmung jener, die nicht restlos begeistert sind. Denn die Demokratie ist ein ewiger Prozess, der immer wieder verbessert werden kann. Die neue Verfassung erleichtert diese Arbeit an und mit der Demokratie – deshalb sollten wir ihr auch zustimmen.

Kantonale Abstimmung: Ja zur neuen Verfassung

Mehr Klarheit über Rolle des Staates

In der Verfassung regeln die Einwohnerinnen und Einwohner, wie sie ihre Gesellschaft organisieren wollen, welche Aufgaben der Staat in ihrem Auftrag wahrnehmen soll und welche nicht. Hier bringt die neue Verfassung viel mehr Klarheit als die alte Verfassung, wo zu diesem wichtigen Bereich fast nichts geregelt ist.

Von Paul Schmuki, Verfassungsrat

Eine Kantonsverfassung, in der die wichtigsten Staatsaufgaben festgehalten sind. Und einen Kanton, der mit seinen Gemeinden einen umfassenden Service Public anbietet. Dies verlangte im März 2000 der SP-Parteitag in ihren 25 Forderungen zur Verfassung. Fünf Jahre später stimmen wir über eine Kantonsverfassung ab, in der ein umfassender Katalog der wichtigsten öffentlichen Aufgaben enthalten ist. Kantonale und kommunale Behörden werden verpflichtet, in den verschiedensten Bereichen aktiv und flächendeckend eine Versorgung mit öffentlichen Gütern und Dienstleistungen sicherzustellen, die den Bedürfnissen einer modernen Gesellschaft gerecht wird.

Ökologischer als bisher

In ökologischer Hinsicht ist der Fortschritt, den die neue Verfassung bringt, vielleicht am deutlichsten. Die Nachhaltigkeit erhält im Grundlagenartikel eine zentrale Bedeutung und wird an den verschiedensten Stellen konkret umgesetzt. So werden Kanton und Gemeinden zur Erhaltung der Lebensgrundlagen verpflichtet, bei der Raumplanung für eine geordnete Besiedlung, für die zweckmässige und haushälterische Nutzung des Bodens, für den Schutz des Menschen und der Umwelt vor schädlichen und lästigen Einwirkungen, für die Erhaltung und den Schutz der Tier- und Pflanzenwelt und für die Erhaltung von wertvollen Landschaften zu sorgen. Sie haben eine sichere, wirtschaftliche und umweltgerechte Ordnung des gesamten Verkehrs sicherzustellen, fördern sowohl den öffentlichen Personenverkehr im ganzen Kantonsgebiet wie auch die Renaturierung der Gewässer. In diesem Zusammenhang erscheint es fast schon selbstverständlich, dass der Kanton auch eine umweltschonende Energieversorgung gewährleisten muss, indem er zum Beispiel Anreize für die Nutzung einheimischer und erneuerbarer Ener-



Kanton und Gemeinden werden zur Erhaltung der Lebensgrundlagen verpflichtet. Sie müssen für die Erhaltung und den Schutz der Tier- und Pflanzenwelt und von wertvollen Landschaften zu sorgen.

gie und für den rationellen Energieverbrauch schafft. Und umweltgerechtes Verhalten wird auch finanziell belohnt und bei der Bemessung der Staatsbeiträge und Abgaben speziell berücksichtigt.

Gut für Kinder und Jugendliche

Eine herausragende Bedeutung wird der Aufgabenkatalog im integrativen und vor allem auch im sozialen Bereich erhalten. Denn mit der neuen Kantonsverfassung werden wir uns nicht mehr darüber streiten müssen, ob die Integration, die wirtschaftliche Absicherung der Eltern vor und nach der Geburt, die Betreuung der Kinder ausserhalb von Familie und Schule oder die Schaffung eines vielfältigen Arbeitsplatz- und Lehrstellenangebots Aufgaben der öffentlichen Hand sind oder den Privaten oder der Wirtschaft überlassen werden sollen. All diese Bereiche sind als öffentliche Aufgaben für Kanton und Gemeinden definiert. Auch in finanziell angespannten Zeiten kann auf die Erfüllung der Aufgaben im sozialen und integrativen Bereich nicht einfach verzichtet werden – gut für Kinder und Jugendliche, die auf Krippenplätze und Lehrstellen angewiesen sind.

Bildung wichtigster Rohstoff

Erwähnenswert ist schliesslich auch der Bil-

dungsbereich. Die Bildung ist unser wichtigster Rohstoff und erhält deshalb auch in der neuen Kantonsverfassung einen hohen Stellenwert. So ist nicht nur ein gegenüber heute umfassenderes Grundrecht auf Bildung verankert, Kanton und Gemeinden werden auch verpflichtet zur Führung qualitativ hoch stehender öffentlicher Schulen. Sie haben zudem die berufliche Weiterbildung und Erwachsenenbildung sowie die berufliche Umschulung und Weiterbildung Erwerbsloser zu fördern. Im gesamten Bildungswesen werden die geistigen, seelischen, sozialen und körperlichen Fähigkeiten der einzelnen Menschen berücksichtigt und gefördert. Und besonders herauszuheben ist, dass Bildungseinrichtungen nicht nur auf die Bedürfnisse der Wirtschaft, sondern ebenso auf die Verantwortung und den Gemeinsinn der Einzelnen und auf deren persönliche und berufliche Entwicklung ausgerichtet werden müssen.

Die Verfassung gibt Kanton und Gemeinden also nicht nur eine Nachwächterrolle, sondern verlangt von ihnen ein aktives Tun in den wichtigsten Bereichen einer modernen Gesellschaft. Sie bringt zukunftsgerichtete und nachhaltige Innovationen für ein umweltschonendes und sozial gerechtes Zusammenleben der jetzigen und der künftigen Generationen.

Kantonale Volksabstimmung: Ja zur neuen Kantonsverfassung

Kompromiss der vernünftigen Kräfte

Vor mehr als vier Jahren hat der Verfassungsrat seine Arbeit aufgenommen. Mit dabei 27 Vertreterinnen und Vertreter der SP, die ihre Ideen und Vorstellungen einbrachten, diskutierten, um Formulierungen rangen, vier Jahre hart aber fair für soziale und ökologische Anliegen eintraten. Jetzt liegt das Resultat vor, Zeit Bilanz zu ziehen. Diese fällt deutlich aus: Die neue Verfassung ist ein Kompromiss der vernünftigen Kräfte.

Von Martin Naef,
Verfassungsrat, SP-Fraktionspräsident

Die SP Verfassungsratsfraktion hat sich in den vergangenen vier Jahren mit grossem Engagement, mit Hartnäckigkeit und Pragmatismus am Prozess der Verfassungsgebung im Verfassungsrat und seinen Kommissionen beteiligt. Mit der Volksabstimmung stehen wir jetzt am Schluss dieses konstruktiven Prozesses. Die Verfassung die wir gemeinsam erarbeitet haben, ist das Resultat eines zähen Ringens, eines demokratischen Streitens. Die Verfassung, die nun vorliegt, ist – wen wundert es – keine sozialdemokratische Verfassung. Aber: Sie ist eine gute zürcherische Verfassung, ein Kompromiss der vernünftigen Kräfte aller Fraktionen, die sich diesem Prozess gestellt, die an ihm teilgenommen, ihn zu einem guten Ende geführt haben. Es ist kein grosser Wurf, den wir dem Volk vorlegen, aber es ist eine demokratische und innovative Verfassung. Sie ist nach dem historisch hervorragenden, aber heute veralteten, unlesbaren Stückwerk von 1869 eine moderne Verfassung, eine begreifbare Verfassung, die in einigen wichtigen Kapiteln und einzelnen Bestimmungen tatsächlich auch Neues bringt.

Kompromiss beinhaltet Enttäuschungen...

Zu diesem Kompromiss gehören auch für uns Enttäuschungen: Wenn es um Geld oder Macht ging, dann war der Verfassungsrat konservativ. Das betrifft einige Bestimmungen in der Finanzordnung, vor allem aber die Struktur der Macht und die Teilhabe daran. Gerade in Zeiten, in welchen die Finanzen knapp sind, hätte man von einem Verfassungsrat schon etwas mehr erwartet als die praktisch diskussionslose Beibehaltung der Bezirksstrukturen. Das betrifft auch den zweiten Punkt: Die Teilhabe an der Macht, an



*Zum Kompromiss gehören auch für uns Enttäuschungen:
Wenn es um Geld oder Macht ging, dann war der Verfassungsrat konservativ.*

der Verantwortung. Was ist von einer Demokratiereform zu halten, die einem Fünftel der ZürcherInnen die politische Mitbestimmung versagt? Beim AusländerInnen-Stimmrecht hätten wir dem weltoffenen und urbanen Zürich etwas mehr zugetraut.

...aber auf Gelungenes

Dennoch ist diese Verfassung der kleinen Schritte auch aus sozialdemokratischer Sicht eine gelungene, eine innovative Verfassung: Die neue Kantonsverfassung stellt Transparenz, Nachhaltigkeit, Dialog und Integration als Verfassungsprinzipien nicht nur auf, sie sind durch die ganze Verfassung hindurch auch sichtbar. Ein herausragendes und hervorragendes Merkmal der neuen Verfassung ist die umfassende Reform der demokratischen Instrumente: die Erleichterungen bei Volksinitiative und Referendum, namentlich die Referendumsmöglichkeiten für Zürich und Winterthur, die Ermöglichung demokratischer Entscheidungsprozesse auf Stufe von Quartieren oder Ortsteilen und die verbesserte Mitbestimmung bei den Zweckverbänden. In diesem Kapitel knüpft die neue Verfassung durchaus an die Zürcher Verfassung von 1869 an. Für die SP gibt es daneben einige Bereiche, die wir besonders hervorheben

möchten, die uns bemerkenswert erscheinen: Integration, Gleichstellung, Bildung, Umwelt oder die Aufwertung der Städte und Agglomerationen.

Diese Verfassung postuliert die Integration als eine staatliche Aufgabe von Kanton und Gemeinden. Die Verfassung will, dass beide Geschlechter in den Behörden gleichmässig vertreten sind, sie will, dass gleichgeschlechtliche Paare sich rechtlich absichern können und dass Menschen mit einer Behinderung Zugang zu Institutionen und zu allen Einrichtungen unserer Gesellschaft erhalten. Die neue Zürcher Kantonsverfassung will Respekt und Gleichstellung – und das ist gut so.

Ja zum Kanton Zürich

Die SP-Fraktion ist überzeugt, dass wir dem Volk des Kantons Zürich eine Verfassung vorlegen können, die eine soziale und fortschrittliche Verfassung ist. Wir haben, wie andere Fraktionen auch, nicht alle unsere Ziele erreicht, dennoch stehen wir zu dieser Verfassung, denn sie ist ein gelungener, ein fairer Kompromiss. Und wir stehen zu diesem Kanton. Wir sagen deshalb Ja zum Kanton Zürich und deshalb auch Ja zur neuen Verfassung.

Kantonale Abstimmung: Ja zur neuen Kantonsverfassung

Antworten auf unsere Zeit - die wichtigsten

Die heute geltende Verfassung galt bei ihrer Inkraftsetzung 1869 als die modernste Verfassung Europas. Sie stand für Demokratie, Freiheit und Gemeinsinn. Und auch wenn diese Werte heute noch ihre Gültigkeit haben: Die Welt von 2005 ist nicht mehr die Welt von 1869, die Gesellschaft hat sich in den letzten 136 Jahren verändert und weiterentwickelt. Die gültige Verfassung spiegelt das Staatsverständnis von 1869 wieder, auf die Herausforderungen unserer Zeit gibt sie keine Antworten.

Aus diesem Grund haben die Zürcher Stimmberechtigten im Jahr 2000 einen Verfassungsrat gewählt und diesen beauftragt, die Zürcher Verfassung zu überarbeiten. Vier Jahre später hat der Rat seinen Auftrag erfüllt und legt einen Verfassungsentwurf vor. Dieser ist nicht revolutionär, aber das kann in einer Zeit, wo in zentralen gesamtgesellschaftlichen Fragen die Vorstellungen teilweise weit auseinanderliegen, auch nicht erwartet werden. Es ist aber doch bemerkenswert, dass sich die vernünftigen Kräfte im Verfassungsrat unbesehen ihrer verschiedenen Menschenbilder und unterschiedlichen Staatsauffassungen zu einem tragfähigen Kompromiss gefunden haben. Es ist so eine Verfassung entstanden, die Bewährtes erhält, aber auch Neues ermöglicht.

Im Folgenden eine Auflistung, was sich in den einzelnen Kapiteln konkret ändert:

Kapitel 1: Grundlagen

- Klare, systematische Darstellung der Staatsmaximen des Kantons Zürich.
- Klare Bestimmung der acht Prinzipien, auf denen der Kanton aufgebaut ist und denen er Nachachtung verschaffen will.

Kapitel 2: Grundrechte

- Es wird klar genannt, welche Grundrechte im Kanton Zürich gelten.
- Zusätzlich zu den in der Bundesverfassung genannten Grundrechten gewährleistet der Kanton Zürich auch kantonale Grundrechte: Es sind dies solche für Menschen mit Behin-



derungen, das Recht auf Bildung, die Schulfreiheit, das Recht auf verschiedene Formen des Zusammenlebens und auf Zugang zu amtlichen Dokumenten.

Kapitel 3: Sozialziele

- Die im Kanton Zürich zusätzlich geltenden Sozialziele werden aufgeführt.
- Kanton und Gemeinden haben sich dafür einzusetzen, dass Eltern wegen der Geburt

eines Kindes nicht in eine Notlage geraten.

- Die Betreuung der Kinder in der Familie und ausser Haus soll verbessert werden.
- Kanton und Gemeinden setzen sich dafür ein, dass auch ältere Menschen über ihr Leben selber bestimmen und an der Gesellschaft teilhaben können.

Kapitel 4: Bürgerrecht

- Die wichtigsten Voraussetzungen und die

Änderungen auf einen Blick

Zuständigkeiten für die Erteilung des Bürgerrechts werden in der Verfassung genannt.

- Das Gemeindebürgerrecht ist weiterhin Basis des kantonalen (und schweizerischen) Bürgerrechts.
- Die Gemeinden regeln die Zuständigkeit zur Erteilung des Bürgerrechts selbst, Urnenabstimmungen sind aber ausdrücklich unzulässig.

Kapitel 5: Volksrechte

- Die für die Ausübung des Initiativ- und Referendumsrechts notwendigen Unterschriftenzahlen werden gesenkt: von 10'000 auf 6'000 bei Volksinitiativen und von 5'000 auf 3'000 beim Volksreferendum.
- Die Einführung des Referendums mit Genevorschlag der Stimmberechtigten.
- Das Gemeindereferendum, das heisst 12 Gemeinden oder die Parlamente der Städte Zürich und Winterthur können das Referendum ergreifen.
- Die Verfahren bei Volksinitiativen und Referenden werden gestrafft.
- Kanton und Gemeinden unterstützen das demokratische politische Engagement.
- Kanton, Gemeinden und politische Parteien tragen zur Vorbereitung der Jugendlichen auf die Mitwirkung in Staat und Gesellschaft bei.
- Gesetze, die zu einer steuerlichen Mehrbelastung führen, unterstehen dem obligatorischen Referendum.

Kapitel 6: Behörden

- In allen Behörden und Kommissionen sollen Kanton und Gemeinden eine angemessene Vertretung beider Geschlechter anstreben.
- Mit günstigen Rahmenbedingungen soll die nebenamtliche Tätigkeit in Behörden erleichtert werden.
- Die Behörden müssen ihre Tätigkeiten transparent machen, wenn keine besonderen öffentlichen oder privaten Interessen diesem Bestreben entgegenstehen.
- Regierungsrat und Kantonsrat bekommen eigene Finanzbefugnisse, die nicht dem Re-

ferendum unterstehen.

- Der Regierungsrat muss in seinen Berichten auf die langfristigen ökologischen, wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen seiner Vorhaben hinweisen.
- Die Grundsätze der Gerichtsorganisation werden in der Verfassung festgehalten.
- Die Kausalhaftung des Staates wird klar geregelt und auf Private, die öffentliche Aufgaben erfüllen, ausgedehnt.

Kapitel 7: Gemeinden

- Die Gemeindeautonomie wird an verschiedenen Orten der neuen Verfassung gestärkt. Die Gemeinden müssen in den Entscheidungsverfahren des Kantons ausdrücklich miteinbezogen und berücksichtigt werden.
- Die Direkte Demokratie auf Gemeindeebene wird gestärkt. In allen Gemeinden sind Urnenabstimmungen in gewissen Fällen vorgesehen.
- Die Gemeinden sind frei, bestimmte Aufgaben durch Quartier- oder Ortsteil-Behörden erfüllen zu lassen.
- Die demokratischen Rechte der Stimmberechtigten in Gemeinden, die sich zu Zweckverbänden zusammenschliessen, werden gestärkt.
- Die Verpflichtung einer Gemeinde, sich einem Zweckverband anzuschliessen, setzt ein wichtiges öffentliches Interesse voraus.
- Gemeindefusionen sind nur möglich, wenn dies dem Willen aller beteiligter Gemeinden entspricht.
- Der Kanton ermöglicht den Gemeinden die Zusammenarbeit mit Gemeinden jenseits der Kantons Grenzen und unterstützt sie bei der Wahrung ihrer Interessen.

Kapitel 8: Öffentliche Aufgaben

- Die öffentlichen Aufgaben werden systematisch aufgelistet.
- Kanton und Gemeinden haben ihre Aufgaben wirkungsvoll, wirtschaftlich, nachhaltig und in geeigneter Form zu erfüllen.
- Sie überprüfen regelmässig, ob die einzelnen Aufgaben notwendig sind.

- Bevor eine neue öffentliche Aufgabe übernommen wird, müssen Kanton und Gemeinden deren Finanzierbarkeit darlegen.
- Kanton und Gemeinden schaffen günstige Rahmenbedingungen für ein vielfältiges Arbeitsplatz- und Lehrstellenangebot.

Kapitel 9: Finanzen

- Grundsätze bezüglich der Haushaltsführung, des Haushaltsgleichgewichts und der Prüfung der Finanzhaushalte, welche bisher in verschiedenen Gesetzen verankert waren, werden in der Verfassung genannt.
- Bei der Festlegung der Bemessung von Abgaben und Staatsbeiträgen soll die Förderung des umweltgerechten Verhaltens besonders beachtet werden.
- Die Gemeinden werden angehalten, eine integrierte Aufgaben- und Finanzplanung vorzunehmen.
- Zusätzlich zum Finanzausgleich wird die Verfassungsgrundlage für einen Lastenausgleich zwischen den Gemeinden geschaffen.
- Kanton und Gemeinden werden ausdrücklich auf einen gesunden Finanzhaushalt verpflichtet.

Kapitel 10: Kirchen und weitere Religionsgemeinschaften

- Die Autonomie der Kirchen wird geringfügig erweitert.
- Die drei offiziell anerkannten Kirchen können bezüglich Stimm- und Wahlrecht in ihren eigenen Angelegenheiten von den im Kanton geltenden Regeln abweichen, sofern sie dies demokratisch in einem Erlass beschliessen, welcher innerhalb der jeweiligen Kirche dem obligatorischen Referendum untersteht.
- In der Verfassung wird abschliessend aufgezählt, welche kirchlichen Fragen durch das Gesetz geregelt werden müssen.
- Zwei jüdische Gemeinden werden staatlich anerkannt. Sie bleiben privatrechtliche Vereine und müssen sich demokratisch und nach rechtsstaatlichen Grundsätzen organisieren.

Kantonale Abstimmung: Neubau des Sicherheitstrakts der Klinik Rheinau

Mehr Sicherheit für uns alle

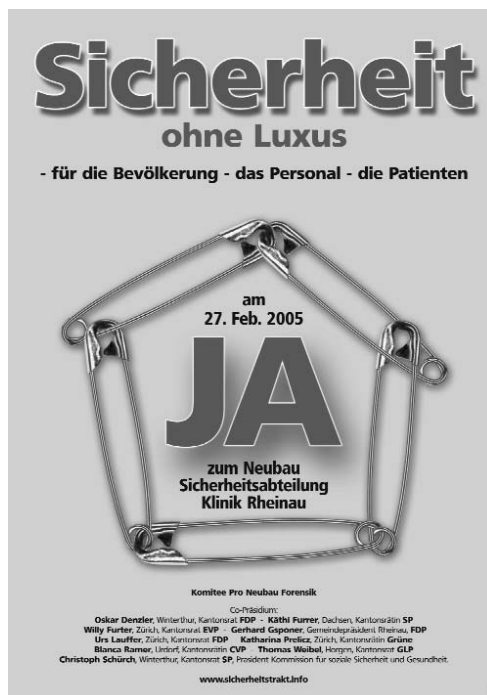
Die Behandlung von psychisch kranken und zum Teil gefährlichen Straftätern, die in einer Sicherheitsabteilung betreut werden müssen, stösst seit längerem an Grenzen. Die forensische Klinik Rheinau ist die einzige der Schweiz mit einer Sicherheitsabteilung. Der überwiegende Teil der dort behandelten Patienten weist Fluchtgefahr, Fremd- und Selbstgefährdung auf und ist eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit. Sicherheitstechnische und bauliche Massnahmen sind so koordiniert, dass sie Aus- und Einbrüche, die Gefährdung von Personal und Mitpatienten sowie unkontrollierte Kontakte gegen aussen sehr viel besser als heute verhindern. Ein Ja zum Kredit bringt mehr Sicherheit für uns alle.

Von Stefan Feldmann, Kantonsrat

Eine grosse Mehrheit des Kantonsrates hat dem vom Regierungsrat beantragten Kredit für den Neubau des Sicherheitstraktes zugestimmt. Für den Regierungsrat ist die Notwendigkeit für eine Erweiterung des Behandlungsangebots für psychisch kranke Straftäter eindeutig gegeben. Anders als in der allgemeinen Psychiatrie besteht im Sicherheitsbereich der Forensik ein dringender Bedarf an Behandlungsplätzen. Die problematischen Verhältnisse im bestehenden Sicherheitstrakt und die lange Warteliste für die Aufnahme zur Therapie belegen, dass die heutige Situation nicht länger toleriert werden kann und dass Abhilfe geschaffen werden muss. Der Umgang mit Personen mit schweren psychischen Erkrankungen im normalen Strafvollzug ist für das Personal in den Strafanstalten und Gefängnissen eine sehr grosse Belastung. Die zur Behandlung der Erkrankungen nötigen intensiven und zeitaufwändigen Therapien können nur durch entsprechend geschultes Personal in einer spezialisierten Klinik wie der Klinik für forensische Psychiatrie in Rheinau durchgeführt werden.

Durchdachtes Projekt

Das Projekt, über welches wir am 27. Februar abstimmen, ist sowohl betrieblich als auch architektonisch durchdacht. Die Ausstattung ist funktionell und therapeutisch zweckmässig. Überflüssiges wurde weggelassen. Es wird somit kein Luxusbau errichtet. Der von der Gegnerschaft geforderte Umzug des Sicherheitstraktes



in die Strafanstalt Pöschwies würde zudem kaum sicherheitsbezogene Synergien schaffen. Die Strafanstalt Pöschwies bietet keine Infrastruktur, die die Durchführung einer akutpsychiatrischen Behandlung erlaubt. Stattdessen würden alle medizinisch-fachlichen Synergien verloren gehen, die dank der Integration des Sicherheitstraktes in die Klinik für forensische Psychiatrie beziehungsweise in das Psychiatriezentrum Rheinau bestehen.

Ein Nein hätte zudem verheerende Folgen für die Sicherheit von uns allen: Der überwiegende Teil der in der forensischen Klinik behandelten Patienten weist Fluchtgefahr, Fremd- und Selbstgefährdung auf und ist eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit. Die neue Klinik verhindert Ausbrüche sowie die Gefährdung von Personal und Mitpatienten sowie unkontrollierte Kontakte gegen aussen sehr viel besser als heute. Ein Ja zum Kredit bringt deshalb mehr Sicherheit für uns alle.

Die Klinik für forensische Psychiatrie

Die Klinik für forensische Psychiatrie verfügt zur Zeit über 61 Behandlungsplätze. Im Sicherheitsbereich werden Straftäter, die sich in Untersuchungshaft oder im Strafvollzug befinden und im Gefängnis auf Grund einer psychischen Erkrankung nicht mehr betreut werden können, aufgenommen. Bei diesen Patienten wird im gesicherten Bereich eine psychiatrische Akutbehandlung durchgeführt. Ziel ist eine möglichst rasche Rückverlegung ins Gefängnis. Des weiteren werden im Sicherheitsbereich Massnahmepatienten, bei denen das Gericht eine Behandlung anstelle einer Strafe angeordnet hat, aufgenommen. Sie werden solange behandelt, bis sie kein Sicherheitsrisiko mehr darstellen und in den Strafvollzug versetzt werden können. Zudem werden im Sicherheitsbereich psychisch kranke Straftäter begutachtet.

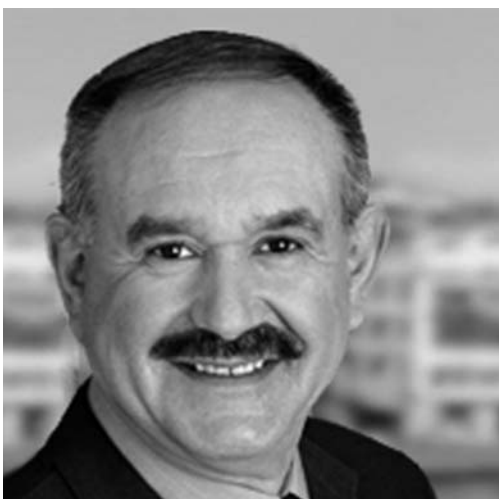
Diese neun gesicherten Behandlungsplätze, die einzigen in der deutschsprachigen Schweiz, waren in den letzten fünf Jahren stets vollständig ausgelastet, mit langen Wartelisten für die freiwerdenden Plätze. Durch diese langen Wartezeiten ergeben sich in Gefängnissen und zum Teil in anderen wenig gesicherten Kliniken gefährliche Notsituationen. Aus Kapazitätsgründen und weil die räumlichen Voraussetzungen bisher nicht gegeben sind, können derzeit im Sicherheitsbereich der Klinik nur Männer aufgenommen werden. Psychisch kranke Frauen die eine Straftat begangen haben und ein Sicherheitsrisiko darstellen, konnten bisher nicht adäquat untergebracht und behandelt werden. Der Anteil der ausserkantonalen Patienten lag in den letzten Jahren bei rund 30 Prozent; auf den Wartelisten war er sogar noch höher und betrug rund 50 Prozent, da die innerkantonalen Anfragen bevorzugt behandelt werden.

Kantonale Wahlen:**Hans Hollenstein in den Regierungsrat****Lieber kleine Verbesserungen als grosse Machtspiele**

Die CVP des Kantons Zürich sieht sich als bürgerliche Partei. Und auch Hans Hollenstein fiel im Stadtrat von Winterthur bisher weder als halber noch als verkappter Sozi auf. Allerdings auch nicht als blindwütiger Sparer. Sondern als einer, der weiss, dass alle leben müssen. Und als einer, der es ungerecht findet, wenn die einen den Gürtel enger schnallen müssen, während andere sich den Bauch respektive das Bankkonto voll schlagen können.

Die SP unterstützt Hans Hollenstein, weil er in der jetzigen Lage der beste Garant dafür ist, dass sich zugunsten der meisten Leute kleine Verbesserungen durchsetzen lassen. Mit ihm bleibt die Regierung zwar mehrheitlich bürgerlich. Aber innerhalb des Bürgertums erhalten im Regierungs- und indirekt auch im Kantonsrat jene Auftrieb, die gemeinsame Lösungen suchen.

Die SP unterstützt Hans Hollenstein, weil er echte Chancen hat, die Wahl zu gewinnen. Er ist der richtige Mann zum richtigen Moment für die derzeit machbaren kleinen Änderungen. Das ist aus linker Sicht keine begeisternde Aussicht, dafür eine sehr realistische.

**Parolen der SP für den 27. Februar 2005****Bund**

Keine Abstimmungen

Kanton Zürich**Ja zur neuen Kantonsverfassung**

Weil das bisherige Werk nach 136 Jahren veraltet ist und die neue Kantonsverfassung an typisch zürcherische Traditionen anschliesst: Die neue Kantonsverfassung bewahrt Bewährtes, lässt aber gleichzeitig auch Neues zu (lesen Sie auf den Seiten 3 bis 8).

Ja zum Neubau des Sicherheitstrakts in der Klinik Rheinau

Weil die bessere Behandlung von psychisch kranken Straftätern unser aller Sicherheit verbessert (lesen Sie auf der Seite 9).

Hans Hollenstein in den Regierungsrat

Weil er zwar kein Sozialdemokrat ist, dafür aber ein Bürgerlicher, der auch für den sozialen Ausgleich einsteht.

Bezirk Uster**Wahlen in den Bezirksrat**

Vorgedruckten Wahlzettel mit unserem Kandidaten, Ludi Fuchs (Uster), verwenden.

Wahlen in die Bezirksschulpflege

Es gibt keinen vorgedruckten Wahlzettel. Die von der SP nominierten Personen wurden im Rahmen des IPK-Vorschlagsbereits als gewählt erklärt

Stadt Uster**Ja zum Landverkauf im Müliholz**

Weil dadurch einer alteingesessenen Firma die Existenz gesichert werden kann und an deren alten Standort in Werrikon endlich zu einer zonenkonformen Regelung gekommen werden kann.

Wahlen in die Primarschulpflege

Die SP unterstützt Regula Günthard (FDP).

Veranstungskalender

06.02.2005 Kino: VOLLENWEIDER

Theo Stich, CH 2004, Dialekt/D 74'

Sarnen, 18. Oktober 1940, morgens um fünf vor zwei Uhr. Hans Vollenweider wird von zwei Polizisten begleitet in die Werkstatt der Strafanstalt geführt...

11.00 Uhr, Kino Qtopia

06.02. KUfKI - „Muggestutz“

Abenteuer auf dem Zwergenweg
3. Theatersonntag

Muggestutz, der älteste Haslizwerg, macht sich auf, um ein Geschenk für seine Frau Raurinde zu suchen. Auf dem Zwergenweg trifft er seine Zwergen-freunde und erlebt allerlei Abenteuer.

11.00h

13.02. TOMMY UND DER LUCHS

von Raimo o. Niemi SF/DK/LUX 1998, 95', ab 7 Jahren, deutsch

Tommys Vater, der in einem Naturschutzreservat in Lappland arbeitet, will den in Gefangenschaft aufgewachsenen Luchs Leevi in die Freiheit entlassen. Doch das Projekt scheitert und der Luchs soll verkauft werden....

15.30 h, Qtopia

FORUM-TIP

13.02. LANTANA



Ray Lawrence Australien 2001, E d/f 120'

Polizeinspektor Leon Zat (Anthony LaPaglia) wird in die Aufklärung des mysteriösen Verschwindens einer erfolgreichen Buchautorin (Barbara Hershey) hineingezogen. Doch nicht nur der Beruf bedrückt ihn:

18.30 / 21 h, Kino Qtopia

16.02. Kino: BASHKIM



Vadim Jendreyko Schweiz 2001, D/Alb. 84'

Bashkim Berisha ist Kosovo-Albaner und talentierter Thai-Boxer. Er stand kurz vor dem Durchbruch und war bereits Schweizer Meister, als in seiner Heimat Krieg ausbrach. Zwei Cousins, mit denen Bashkim aufgewachsen ist, wurden getötet. Das Haus der Familie, in dem die ganzen Ersparnisse steckten, wurde zerstört. Und Bashkim

schlug bei einer Schlägerei einen Polizisten nieder. Nach acht Monaten Untersuchungshaft und der Gerichtsverhandlung wurde er entlassen. Er hatte im Gefängnis 25 Kilo zugenommen, doch jetzt kämpft er wieder für seine Karriere und besonders auch gegen seine Aggressivität, die ihm im Sport so viel hilft und gleichzeitig seine Zukunft zu zerstören droht.

19.30 h, Kino Qtopia

20.02. Kino: ACCORDION TRIBE



Stefan Schwieterer CH 2004, Div. d/f 87'

Fünf höchst eigenwillige Musiker aus verschiedenen Ländern formieren sich zum «Accordion Tribe» und vollbringen das Kunststück, ihr lange Zeit verschmähtes Instrument wieder in jenes Kraftwerk der Gefühle zu verwandeln, als das es einst in aller Welt Verbreitung fand.

18.30 / 21 h, Kino Qtopia

27.02. Kino: SMOKE

Wayne Wang USA 1995, E d/f 106'

In dem Tabakwarenladen von Auggie Wren (Harvey Keitel) in Brooklyn gehen seltsame Gestalten ein und aus. Alle haben sie ihre eigene Geschichte, ihr eigenes Schicksal. SMOKE erzählt kleine Lebensgeschichten, die sich durch die Macht des Zufalls miteinander verknüpfen.

18.30 / 21 h, Kino Qtopia

04.03. pam!-8: 1. INT. PAM-FESTIVAL



mit dem Pam-Improvisers-Pool:

Xu Fengxia (China) guzheng, Phil Minton (UK) voice, Dominik Blum hammond-organ, electronics, Raphael Camenisch saxes, Marino Pliakas acoust.guit. e-bass, hristian Weber cb, electronics, Lucas Niggli dr, perc
20.30 Uhr, QBus
Weitere Infos auf www.pam.nu

05.03. pam!-9: 1. INT. PAM-FESTIVAL

mit dem Pam-Improvisers-Pool:
Xu Fengxia (China) guzheng, Phil Minton (UK)

voice, Dominik Blum hammond-organ, electronics, Raphael Camenisch saxes, Marino Pliakas acoust.guit. e-bass, hristian Weber cb, electronics, Lucas Niggli dr, perc

20.30 Uhr, QBus

Weitere Infos auf www.pam.nu

13.03. Kinderfilm: KÄPT'N BLAUBÄR

von Hayo Freitag D 1999, 80', ab 6 Jahren, deutsch

Vor Jahren hat Käpt'n Blaubär die Welteroberungspläne seines ehemaligen Sandkastenfreundes Feinfinger zerstört. Nun ist die Stunde der Rache gekommen...

15.30 Uhr, Qtopia

10.04. Kino: F. EST UN SALAUD

Marcel Gisler CH 1999, F d 92'

Zürich in den 70er Jahren. Der 16-jährige Beni verliebt sich in den acht Jahre älteren Rockmusiker Fögi. Es ist Benis erste grosse Liebe und er lebt sie mit einer solchen Hingabe, dass er sich für seinen innerlich zerrissenen Freund zum «Sklassen» und «Hund» erniedrigen lässt und schliesslich sogar auf den Strich geht, um das gemeinsame Leben und Fögis Drogensucht zu finanzieren.

11 h, Kion Qtopia

17.04. Kinderfilm: MINUSCH

von Vincent Bal NL/USA 2001, 86', ab 6 Jahren, deutsch

Minusch beherrscht die Katzensprache, isst am liebsten rohen Fisch und flieht vor Hunden auf den nächsten Baum. Denn Minusch ist eigentlich ein kleines Kätzchen, das sich durch einen Schluck Chemieabfall über Nacht in eine junge Frau verwandelt hat und nun durch die Welt der Menschen streift.

15.30 Uhr, Qtopia

30.04. Lucas Niggli BIG ZOOM

FORUM-TIP

pam!-10:

Claudio Puntin cl, bcl, Nils Wogram tb, Philipp Schaufelberger guit, Peter Herbert cb, Lucas Niggli dr, perc, comp

Zum Abschluss der fast 3 wöchigen Europatour im Frühling spielt die erfolgreiche internationale Working-Band Lucas Nigglis zum ersten Mal in Uster. Eine Koproduktion mit dem Jazzclub Uster.

20.30 h Jazzclub

USTER in Koproduktion mit dem Jazzclub Uster
Weitere Infos auf www.pam.nu

Inserat

ÖPFELBAUM

Bioladen Genossenschaft Zentralstrasse 18, Uster

Öffnungszeiten:

Mo-Fr	9.00-12.15	14.00-18.30
Samstag	9.00 durchgehend bis 16.00	

Relazione assemblea generale della CLI Uster 19.11.2004

Cari soci, amici e simpatizzanti, il mio primo anno da presidente della colonia di Uster è trascorso molto velocemente. Vorrei prima di tutto ringraziare tutti quelli che fanno parte del consiglio, come anche responsabili e membri d'altre associazioni italiane, per l'ottima e proficua collaborazione con la colonia. La colonia rappresenta ancora oggi per molti connazionali una delle poche associazioni che s'impegna e difende i diritti degli emigrati. Non parlerò delle attività della nostra federazione in quanto queste sono state trattate ampiamente sul giornale Agorà e sul Forum che tuttora è il nostro unico periodico a livello locale.

Italo Conte

La situazione economica

Mi soffermerò piuttosto sulla situazione economica che ha messo in crisi molte famiglie. Purtroppo rispetto allo scorso anno la situazione non è migliorata. Al contrario, in certi settori tende a peggiorare. Nonostante le previsioni degli esperti non c'è segno di una grande ripresa economica e questo non solo in Svizzera. Ad esempio i giovani hanno grosse difficoltà per trovare un posto di tirocinio. Questo è demoralizzante per un giovane che ha davanti a sé tutta la vita. Le nuove tecnologie hanno creato non poche difficoltà alle persone di una certa età, che devono frequentare continuamente corsi d'aggiornamento per conservare il proprio posto di lavoro o per avere la possibilità di trovarne un altro. Si assiste ad un continuo smantellamento dello stato sociale. Con il voler risparmiare ad ogni costo, si riducono i finanziamenti e le prestazioni per le persone anziane bisognose di cure, per gli invalidi e per tutte quelle persone che vivono in condizioni disagiate. Le casse pensioni, che per anni hanno avuto rendite astronomiche, per l'incapacità di manager strapagati che dovrebbero assumersi le proprie responsabilità, riversano ora le conseguenze sui salariati aumentando i premi per garantire la copertura e diminuendo le prestazioni e anche le rendite. Una recente statistica afferma che oggi giorno avere due figli comporta enormi sacrifici economici che possono addirittura condurre la famiglia alla soglia della povertà. Questa è una situazione poco rassicurante, soprattutto per le generazioni future.

Attività che hanno caratterizzato l'anno sociale del 2004:

Dopo molti anni d'impegno siamo finalmente riusciti ad organizzare, in collaborazione con l'ECAP di Zurigo, dei corsi d'uso del computer in italiano. Questi avranno luogo anche nel 2005, di cui un corso di base PC e corsi di aggiornamento Excel e Word. Abbiamo avuto molte difficoltà per avere una sala dove piazzare i computer, e dopo molte discussioni ed il cambio di gestione abbiamo trovato un accordo con il centro italiano e la nuova gestione del centro. Ci rendiamo conto di chiedere dei sacrifici alle altre associazioni, ma abbiamo organizzato i corsi a Uster per andare incontro alle esigenze di molte persone, donne, anziani, che non sarebbero mai andate a Zurigo. Qui vorrei ringraziare tutte le associazioni di Uster come l'ECAP che hanno creduto alla serietà e responsabilità della nostra proposta formativa.

Questo anno si è tenuta il 29 Ottobre la serata informativa sulla previdenza sociale che come consueto ha luogo ogni anno con l'Inca-cgil di Zurigo. La serata è stata caratterizzata da attività con temi attualissimi riguardanti le casse pensione. È una serata che riscontra sempre una grande partecipazione di pubblico attento e interessato. Le nostre prestazioni di Assistenza INCA pratiche pensionistiche, controllo contributi, compilazione carte tasse ecc. che fino ora abbiamo offerto tutti i sabati, attualmente vengono offerte due volte al mese in quanto la richiesta è diminuita e siamo del parere che sia sufficiente, tranne il periodo della compilazione delle tasse (febbraio-marzo) dove saremo presenti ogni sabato.

Forum, il nostro periodico locale che facciamo insieme al partito socialista svizzero, ci costa molto impegno e non sappiamo quanto sia apprezzato dai nostri soci, perché finora c'è stato poca reazione. Riteniamo però che sia molto importante mantenere i contatti con un partito di governo svizzero, vista la loro disponibilità.

In oltre mettiamo a disposizione la sala gratuitamente per la consulenza giuridica e il diritto di locazione e altre associazioni che ne hanno bisogno. Facciamo anche parte della segreteria del centro italiano.

Progetto integrazione di Uster

Vorrei rilevare particolarmente a questo punto che siamo membri della commissione per il pro-

getto integrazione di Uster, progetto voluto dalla città di Uster. La signora Eve Ehrensperger, responsabile dell'ufficio integrazione, è stata presente alla serata informativa del 29 ottobre. Vi vorrei inoltre informare che il nostro sindaco, la signora Surbeck, fa parte anche lei della commissione ed è informata di tutte le attività, delle associazioni straniere presenti ad Uster.

La colonia si è impegnata anche per offrire ulteriori vantaggi ai nostri soci. Abbiamo fatto alcuni accordi con differenti commercialisti nella nostra regione come Telehaus, garage Guzzo, e Deo spar, che sono disposti a fare delle agevolazioni sui prezzi ai nostri tesserati. In seguito discuteremo dei particolari

Cosa si potrà fare in futuro?

Purtroppo dobbiamo constatare un notevole disinteresse dei nostri connazionali che vengono da noi solo quando hanno qualche problema da risolvere o bisogno di qualcosa. Alle serate informative pur trattando temi di attualità c'è sempre scarsa partecipazione. Per questa ragione abbiamo deciso di tenerne solo una sulla previdenza sociale, perché questo tema riscuote ancora abbastanza interesse.

Bachgassfest

Riguardo alle scadenze più importanti a livello locale avremo l'impegno della Bachgassfest, una festa particolare in quanto l'associazione organizzatrice, il Quartierverein di Oberuster, festeggerà il prossimo anno il cinquantesimo di fondazione. Si tratta di una festa multiculturale alla quale partecipano molte associazioni.

È la nostra chiara volontà di continuare la collaborazione con l'ufficio integrazione di Uster. A partire dal 2005 quest'istituzione cambierà il nome in «Antenne». La città di Uster sarà responsabile dell'Alto Zurighese e sarà il terzo ufficio dopo quello di Winterthur e di Zurigo.

Vogliamo mantenere inoltre l'impegno con i commercianti segnalati prima per offrire ulteriori vantaggi ai nostri soci. Per quanto riguarda l'aggiornamento continueremo nella proposta di corsi d'informatica. È in una fase di progetto l'offerta di corsi di lingua tedesca o inglese.

Per tutte le altre attività deciderà il nuovo consiglio in base alle nostre forze a nostra disposizione ed anche in base alle esigenze del momento. Vi ringrazio della vostra attenzione.

IMPRESSUM FORUM

Periodico di politica, lavoro e cultura
www.forumonline.ch

Edito della Colonia Libera Italiana, Postfach, 8610 Uster 1

Edizione: 9600

Abbonamento annuale: Minimo Fr. 30.-

PC 80-13431-8 FORUM

Comitato di redazione: Claudio Marseglia, Letizia Fiorenza, Valerio Modolo,

Stampa: Ropress Zurigo

La legge è uguale per tutti

Questa frase si può leggere in ogni sala di tribunale in Italia, ma è davvero così nella realtà italiana? Mi riferisco ai fatti che riguardano il nostro presidente del consiglio Silvio Berlusconi e alcuni suoi collaboratori e colleghi di partito, che sono stati condannati o nel caso del presidente del consiglio assolto da accuse gravi come corruzione. Non voglio giudicare nessuno. Questo lo hanno già fatto i giudici. Non voglio nemmeno dare giudizi sull'operato di Berlusconi e dei suoi collaboratori, per questo ci sono giornalisti qualificati a favore e contro che possono commentare e scrivere fiumi di parole su questa situazione.

Valerio Modolo

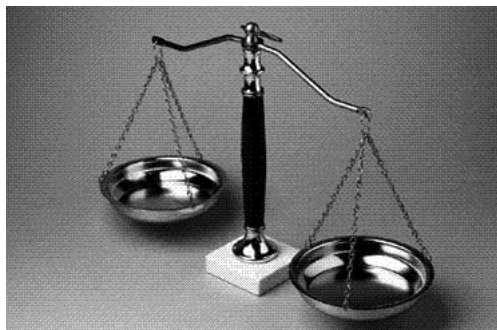
La legge è uguale per tutti?

Io preferirei scrivere su eventi locali o su fatti svizzeri che ci toccano direttamente, ma il risentimento su questa forma di fare giustizia è così grande, che voglio esprimerlo, convinto di interpretare il pensiero di molti connazionali su questa anomalia italiana.

I fatti sono noti, Berlusconi è stato assolto per due capi d'accusa, mentre per un terzo, sempre riguardante il caso SME non vi è luogo a procedere perché il reato è andato in prescrizione per decorrenza dei termini.

Per questi reati fu già condannato a sei anni di reclusione Cesare Previti, ex ministro, avvocato e braccio destro di Berlusconi, mentre il senatore Dell'Utri, uomo di fiducia del presidente del consiglio e uno dei fondatori di Forza Italia, è stato condannato in prima istanza a nove anni di detenzione per concorso esterno in associazione mafiosa.

Ricordiamo inoltre che in passato su Berlusconi fu indagato per ben 5 volte per corruzione e altri reati ottenendo altrettante archiviazioni. Io parto dal presupposto che ogni cittadino è innocente fino a quando non è provata la sua colpevolezza, vale la stessa cosa anche per il presidente del consiglio? Secondo me no, perché egli rappresenta 60 milioni d'italiani e quindi deve essere sopra ogni sospetto, deve avere attendibilità perché ne va del prestigio e della reputazione della nostra nazione.



Non si può accettare che questo governo faccia continuamente delle leggi appropriate per proteggere il capo o esponenti del governo da procedimenti giudiziari, come la legge sulla rogatoria internazionale o quella dell'immunità giudiziaria per le cinque più alte cariche dello stato, legge poi risultata anticostituzionale.

Questo governo ha imposto la riforma del sistema giudiziario, togliendo potere ai magistrati, per nostra fortuna abbiamo il capo dello stato Ciampi che è al di sopra delle parti ed un garante delle istituzioni che ha rispedito al mittente la suddetta riforma.

Negli USA l'ex capo della polizia di New York Kerik, nominato da Bush capo della sicurezza interna si è dimesso perché ha assunto una domestica senza rispettare le norme sull'immigrazione, in Germania un ministro ha dovuto dimettersi perché ha fatturato al suo ministero 6000 Marchi per il proprio trasloco. La lista potrebbe continuare con l'Inghilterra e i paesi nordici. Sono questi reati che farebbero sorridere i nostri politici. In altri paesi del mondo occidentale sarebbe impensabile che un presidente del consiglio possa essere indagato per corruzione e contemporaneamente rimanga in carica.

I giudici giudicati

Il nostro paese è considerato a livello industriale ed economico tra i sette paesi più quotati del mondo, mentre per quanto riguarda il senso di giustizia, correttezza e lealtà ai principi della costituzione i nostri politici d'entrambi gli schieramenti, con le dovute eccezioni, potrebbero far parte di un paese del terzo mondo. In un paese normale i giudici giudicano e i politici prendono atto delle sentenze. Da noi invece si assiste a continui attacchi verso i giudici che indagano sui politici. In molti casi si osserva addirittura un uso politico della magistratura per difendere interessi

di parte. Questo purtroppo da parte di tutti gli schieramenti. Ricordiamo per correttezza l'avviso di garanzia inviato a Berlusconi mentre presiedeva a Napoli la conferenza mondiale sulla criminalità. Un gesto a mio parere ignobile, mirato a colpire al momento più opportuno con risonanza internazionale il presidente del consiglio senza tener minimamente conto che si sarebbe danneggiata l'immagine e l'attendibilità anche del nostro paese.

Si assiste purtroppo a continui attacchi al lavoro dei giudici, da parte di politici, specie di questo governo, che non riescono ad accettare che anche loro prima di tutti devono rispettare la legge come ogni cittadino.

Un vecchio detto afferma che ogni stato ha il governo che si merita, non sono molto convinto che gli italiani si meritino una classe politica come quella attuale e non sto parlando solo del governo in carica ma anche dell'opposizione che non riesce a trasmettere quella fiducia e quel senso d'unità necessari per essere un'alternativa. In tutti gli schieramenti però ci sono esponenti che possono garantire onestà e correttezza, in grado di lavorare per l'interesse di tutti, ma che purtroppo non hanno spazio perché prima di tutto curano gli interessi personali o di partito e trascurano che gli elettori desiderano vedere fatti e non litigi per le varie poltrone.

Auspicio per il 2005

Sempre più si assiste ad un crescente disinteresse dei cittadini verso la politica, la percentuale di chi va a votare continua a diminuire, ma i nostri politici sono troppo impegnati a difendere la propria poltrona, e non si accorgono dello scontento e della sfiducia che regna in molti cittadini.

La stragrande maggioranza degli italiani in Italia e all'estero, dal semplice lavoratore al manager, è composta di persone oneste che con il loro impegno, la loro serietà e il loro rispetto verso l'opera dei giudici danno prestigio alla nostra nazione. Persone che fanno onore al loro paese in tutti i campi, da quello morale a quello culturale, da quello industriale a quello economico. Mi auguro che questi cittadini quando andranno a votare, siano consapevoli che per difendere queste qualità c'è bisogno di una classe politica che lavori con onestà e correttezza per gli interessi dei cittadini e per il bene del nostro paese.

Il disagio del vivere

Leggevo tempo fa un articolo di un professore di scuola secondaria in Italia in cui l'esterrefatto insegnante raccontava di un colloquio avuto con una quindicenne. La ragazza in questione spiegava al suo professore che un paio di mutande firmate Dolce Gabbana può rappresentare la differenza tra avere una personalità, sia pure copiata, o essere una nullità! «Oggi solo i personaggi televisivi possono avere una personalità», argomentava l'adolescente al suo sempre più attonito maestro. La nostra vita è inutile. Noi possiamo al massimo comprarci le mutande uguali a quelli che fanno tendenza senza speranza di distinguerci!

Claudio Marseglia

Qualche riflessione sul sistema

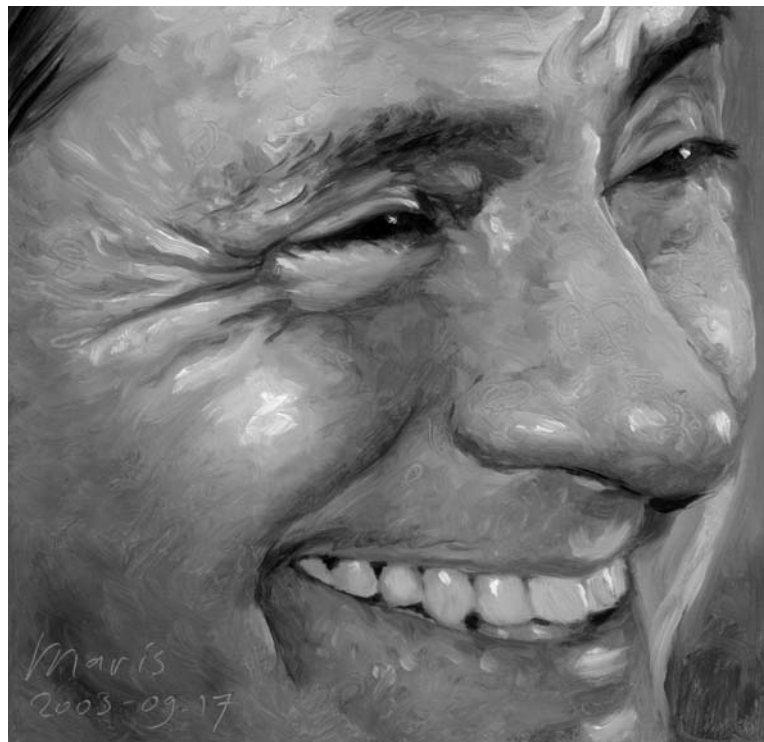
A questo punto mi sono posto alcune domande: È questo un problema del sistema? Fino a che punto possiamo spingerci nel nostro individualismo senza che il sistema ci ripudi? È questione nuova o c'è sempre stata? È aumentata negli ultimi tempi? Nel cercare delle risposte mi sono guardato attorno: Il risultato è stato più che scoraggiante. La ragazzina ha visto giusto, alla faccia della giovane età, dell'inesperienza, della presunta ingenuità! Basta guardare i mass-media e si assiste ad un continuo sfoggio di vestiti firmati, auto costose, ville di lusso super-accessoriate, ecc. Assistiamo ad un apparire continuo di presunte star, famose perché non sanno fare niente, veline, letterine, e ancora: calciatori, politici, giornalisti e gente più o meno famosa che cerca di distinguersi dalla gente comune dando sfoggio ad un'ignoranza senza fine, ad un'arroganza disgustosa, forti solo della cultura dell'apparire. D'altronde se una televisione da Repubblica delle Banane ci propone quasi esclusivamente programmi tipo Il Grande Fratello, il risultato non può essere che questo. Perfino un personaggio nel sistema come Pupo dichiara disgustato che «ormai per fare tre minuti di trasmissione ci vogliono 600 comparse», riferendosi a trasmissioni pomeridiane e domenicali.

Per la riapertura della Scala a Milano, con biglietti pagati fino a 2000 euro, abbiamo assistito ad uno sfoggio di auto, abiti, gioielli, pellicce, tutto rigorosamente di lusso da parte di gente famosa non per la cultura che non possiedono o per l'amore per l'Opera, ma perché sono su tutti i canali tv in tutte le fasce orarie e sui maggiori giornali scandalistici.

Qualche lecita domanda

Negli anni '70 si scoprì, in Italia, una cellula massonica chiamata P2. Chi di noi leggeva i giornali all'epoca saprà senz'altro che tra i suoi membri, oltre a personaggi ai vertici delle forze armate, dei carabinieri e della polizia, ai servizi segreti deviati e ai politici c'era un giovane manager rampante chiamato Silvio Berlusconi. Voi vi chiederete dov'è la notizia, visto che il buon Silvio nazionale nella sua lunga carriera ha interpretato diversi ruoli anche contrastanti fra loro (almeno apparentemente). Il problema è che lo scopo principale della P2 era prendere il potere in Italia attraverso l'occupazione delle principali cariche dello Stato e dei mezzi d'informazione. Si sa che esistono diverse sette massoniche sparse per il mondo e non tutte fortunatamente hanno uno scopo eversivo.

Ma quando a distanza di alcuni anni ci ritroviamo con un Berlusconi al governo, proprietario direttamente o indirettamente di una buona fetta dei mass-media europei, quando ti accorgi che l'informazione mondiale è in



mano a pochissimi magnati, è lecito porsi più di qualche domanda! Perché i mezzi d'informazione parlano sempre degli stessi argomenti e lo fanno quasi tutti ragionando allo stesso modo? Perché danno per scontato che lo stato sociale va abbattuto? Perché le persone devono andare più tardi in pensione per poi sentire che a quarant'anni si è vecchi per il mercato del lavoro? Perché si devono fare più figli se poi non ci si può permettere di lasciare la moglie a casa visto le spese che si sopportano per un figlio, la mancanza di asili-nido, di strutture che aiutino la coppia? Perché nonostante l'arrivo di nuove tecnologie la gente deve lavorare più a lungo? Vi siete chiesti perché gli industriali «devono» spostare la produzione in Cina? Si devono aiutare i paesi sottosviluppati ad uscire dalla miseria e ad innescare un circolo virtuoso che li conduca in una situazione di benessere, per poi scoprire che fanno lavorare i bambini, che esigono orari di lavoro che da noi non si applicavano nemmeno trecento anni fa e nessuna protezione sociale.

Tutto va bene!

Sono pochi i mass-media che denunciano queste cose, una goccia nel mare dell'informazione, perché questi fatti preoccupano la gente ma la massa non deve pensare! Tutto deve andare bene! Una volta si guardava in televisione «Giovanna coscia-lunga». Adesso ci sono tanti telequiz dove con un contorno di ballerine semi-nude ti chiedono «qual è la capitale d'Italia?», vinci un milione d'euro e vai a casa, mentre tutti gli altri pensano «lo sapevo anch'io! che culo ha avuto quello là!», poi vanno a letto sognando di essere il calciatore del momento pieno di soldi e belle donne, per poi svegliarsi e confrontarsi con la dura realtà quotidiana, magari con Berlusconi che ti ha messo una tassa indiretta per finanziare il taglio delle tasse! Poi dicono che i giovani devono fare esperienza, che non capiscono! No, siamo noi che non capiamo, loro si sono già adeguati al sistema!

FORUM

Periodico di
politica, lavoro e cultura
della Colonia Libera
Italiana

www.forumonline.ch

No. 223 Febbraio 2005

Votazione del 27 febbraio 2005

Sí al contone di Zurigo Sí alla Costituzione



P.P. Uster